

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Martin Böhm

Abg. Ulrike Müller

Abg. Benjamin Adjei

Staatsminister Eric Beißwenger

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Markus

Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Neue Chancen für die bayerisch-ungarischen Beziehungen nach der Abwahl von Viktor Orbán nutzen - klare europäische Haltung statt Nähe zu autoritären Tendenzen (Drs. 19/11443)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Markus Rinderspacher das Wort. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Abwahl von Viktor Orbán ist ein Einschnitt, ein politischer Wendepunkt in Ungarn und in Europa. Viktor Orbán hat die Demokratie in Ungarn regelrecht deformiert und den europäischen Zusammenhalt sabotiert.

(Widerspruch bei Abgeordneten der AfD)

Unter Orbán wurden Medien weitgehend gleichgeschaltet, die Justiz zur Fidesz-Partei rason gebracht und die Zivilgesellschaft bis zur Unkenntlichkeit eingeschränkt. Das Wahlrecht wurde gebeugt. Der Parlamentarismus wurde marginalisiert. Es war kein schleichender Prozess im Verborgenen. Das war offen sichtbar für alle, auch für die CSU-geführten bayerischen Staatsregierungen der vergangenen 16 Jahre.

Die Abwahl von Viktor Orbán ist zuallererst ein Sieg für die Demokratie. Es ist auch ein Erfolg für die europäische Idee, für die Idee der guten Nachbarschaft, des Zusammenhalts und der Solidarität. Herzlichen Glückwunsch, Péter Magyar, zum Wahlsieg. Er ist deshalb nicht selbstverständlich, weil der Spitzenkandidat abgehört und sabotiert wurde. Seine Anhängerinnen und Anhänger wurden bedroht nach allen Regeln der Kunst. Aber die Unterstützung einer breiten Allianz aus vielen politischen Lagern hat ihm am Ende zum Wahlsieg verholfen. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn wir auf die Entwicklung in Ungarn zurückblicken, dann richtet sich unser Blick auch nach Bayern; denn während in Europa längst Alarm geschlagen wurde, haben die CSU-geführten Staatsregierungen demonstrativ die Nähe zu Viktor Orbán gesucht. Als Orbán längst eine Persona non grata war, hat ihn die CSU noch regelrecht abgefeiert und beweihräuchert. Orbán wurde mit dem Franz-Josef-Strauß-Preis ausgezeichnet, im neoklassizistischen Prinz-Carl-Palais empfangen. Ihm wurde als Stargast der CSU der rote Teppich ausgerollt zu runden Geburtstagen von CSU-Größen wie Edmund Stoiber und zu Parteitag.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Der frühere Ministerpräsident Seehofer dankte ihm für seinen Kurs. Alexander Dobrindt nannte ihn einen Verbündeten. Als Orbán 2018 einen dezidiert weltverschwörerischen und antisemitischen, ekelerregend judenfeindlichen Wahlkampf geführt hatte, gratulierten ihm Dobrindt und Seehofer danach demonstrativ zur gewonnenen Wahl.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört!)

Bei der Klausur in Seeon wurde Orbán als jemand empfangen, der – ich zitiere – bei Freunden sei.

Meine Damen und Herren, wer so spricht, der relativiert nicht nur politische Unterschiede, sondern er legitimiert auch ein System, das mit unseren europäischen Grundwerten längst gebrochen hat. Das war kein diplomatischer Ausrutscher. Das war eine bewusste politische Entscheidung, eine Entscheidung, Nähe zu suchen zu einem Regierungsstil, der auf Abschottung, Machtkonzentration und die Schwächung unabhängiger Institutionen setzt und auf die grundsätzliche Schwächung Europas, eine Entscheidung, die eigenen Maßstäbe situativ zu dehnen, je nachdem, ob es politisch gerade opportun erschien. Die Orbánisierung der CSU war Konzept und passte ins Bild insbesondere der 2010er-Jahre. Ich erinnere an Gerda Hasselfeldt, die als Landesgruppenvorsitzende ein Vierteljahr vor der Brexitentscheidung bei der CSU-Klausur David Cameron begrüßte mit den Worten, Camerons Politik sei ein Vorbild. Es

schaudert einen bei der historischen Rückschau. Es schauderte einen bereits damals. Wer autoritären und antidemokratischen Kräften Applaus spendet, macht sich politisch mitverantwortlich.

Und ja, es gab später auch kritische Töne gegenüber Orbán, auch von Dr. Söder. Aber die Versuche in den letzten Tagen, die CSU-Nähe zur Fidesz kleinzureden, waren geradezu putzig. Die "Süddeutsche Zeitung" hat darüber berichtet, dass sich alleine Innenminister Joachim Herrmann zwischen 2023 und 2026 zwölfmal mit dem ungarischen Innenminister getroffen hat. Tenor des Treffens war permanent eine unkritische Nähe. Das war übrigens jener ungarische Innenminister von 2010 bis 2026, der den dramatischen Demokratieabbau im Inneren Ungarns federführend organisiert hat.

Meine Damen und Herren, eine glaubwürdige Europapolitik zeichnet sich nicht dadurch aus, dass man Fehlentwicklungen irgendwann halbherzig korrigiert. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass man Fehlentwicklungen früh erkennt und klar benennt und die Konsequenzen daraus zieht. Eine Politik der Nähe zu autoritären Tendenzen darf sich in Bayern nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Das bedeutet konkret: Wir müssen die Beziehungen zu Ungarn neu aufstellen auf der Basis klarer Werte, nicht politischer Bequemlichkeit. Wir müssen diejenigen stärken, die für Demokratie einstehen, Wissenschaft, Kultur, Zivilgesellschaft. Wir müssen wirtschaftliche Kooperation daran messen, ob sie fair, rechtsstaatlich und sozial verantwortlich ist. Die Partnerschaft von Bayern und Ungarn hat großes Potenzial. Nutzen wir sie!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion. Bitte.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Rinderspacher, ich schätze Sie, ich schätze dich eigentlich in der Arbeit im Ausschuss, die an inhaltlicher Arbeit orientiert ist; aber was haben wir gerade erlebt? – Wir haben erlebt, dass die SPD in deiner Person das getan hat, was sie offensichtlich am besten kann: in der Vergangenheit leben, in der Vergangenheit sprechen.

(Florian von Brunn (SPD): Die wollen Sie halt nicht!)

Der zweite Punkt ist: belehren, mit dem moralischen Zeigefinger unterwegs sein und nicht in die Zukunft schauen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist traurig, aber das ist Stand der Dinge. Du hast es in dieser Woche, in der gute Nachrichten eigentlich positiv zu besprechen sind, versäumt zu sagen, was hier in Ungarn passiert ist.

Wir haben vielleicht – in positiver Hinsicht – eine positive Zeitenwende für die Handlungsfähigkeit Europas erlebt. Ungarn hat Europa gewählt. Wir alle wissen, dass Ungarn bei europapolitisch wichtigen, prägenden Entscheidungen immer für uns da war. Denken wir an 1989: die Öffnung des Eisernen Vorhangs, das Durchschneiden des Grenzzauns. Ohne Ungarn wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen, meine Damen und Herren. Ungarn hat immer europäische Geschichte geprägt. Deshalb gilt: Auch in dieser Woche ist ein historischer Moment da, in dem Europa gestärkt wird.

Wir haben natürlich erlebt – das muss man auch ansprechen –, dass Ungarn in den letzten Jahren in Europa eine Blockadehaltung eingenommen hat. Natürlich hat Europa bei europäischen Entscheidungen immer darauf gewartet, was Ungarn tut oder nicht tut. Was ändert sich jetzt? – Europa wird in einer Zeit, in einer Woche gestärkt, in der wir geopolitisch herausgefordert sind wie selten zuvor. Deswegen kann und muss man eines benennen: Diese Wahl am letzten Sonntag war ein Signal gegen Wladimir

Putin, ein Signal gegen Russland und dafür, dass Europa zusammensteht, dass wir unsere Freiheit verteidigen und dass wir an der Seite der Ukraine stehen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Wahl – das hätten Sie auch ansprechen können, vielleicht sogar müssen – war auch ein Signal gegen Einflussnahme von außen. Wir haben nämlich auch erlebt, dass es Versuche der amerikanischen Regierung gab, vor Kurzem durch den Besuch von Vizepräsident J.D. Vance, Einfluss auf die Wahlen auszuüben. Darauf haben die Wählerinnen und Wähler eine klare Antwort gegeben. Die Botschaft ist klar: Europa entscheidet selbst, Ungarn entscheidet selbst, wie die Wahlen durchgeführt werden und auch ausgehen.

Der nächste Punkt ist: Was haben wir am Sonntag gesehen? – Die Wahlen stehen in einem europapolitischen Kontext. Wir haben jetzt 14 von 27 Parteien der Europäischen Volkspartei, die Regierungsverantwortung übernehmen. Mit dem Sieg von Magyar und Tisza haben wir ganz klar erfahren, dass konservative, proeuropäische Politik Rückhalt bei den Menschen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen wollen Stabilität. Die Menschen wollen Sicherheit. Sie wollen Orientierung und Optimismus, und sie wollen ein handlungsfähiges Europa, und das haben sie gewählt. Was war die Voraussetzung dafür? Was war dafür im letzten Jahr wichtig? Darüber muss man heute auch sprechen. Die konservative EVP-Familie hat dafür klare Grundsätze formuliert. Die waren pro Europa, pro Rechtsstaatlichkeit, pro Ukraine, ganz klar gegen Korruption – mit Folgen. Das hatte natürlich auch Folgen für uns in der Politik: Folgen für Orbán, Folgen im Umgang auf allen politischen Ebenen für uns.

Auch eine Veränderung bei Orbán, der angesprochen wurde, möchte ich anerkennen. Was ist passiert? – Konflikt mit Fidesz, 2019 Suspendierung von Fidesz, 2021 klarer Schritt in der EVP,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Austritt aus der EVP-Fraktion, Eintritt von Tisza und Magyar in die EVP zu uns. Das war nicht einfach, aber es war konsequent, und es war richtig. Was war die Reaktion? – Orbán hat sich im Umgang mit uns radikalisiert, der Umgang ist eskaliert. Das ist der Punkt. Das haben wir im Wahlkampf erlebt. Die EU-Kommission war Gegner, die EVP war Gegner, wir als CSU mit Manfred Weber waren Gegner und wurden zum Feindbild aufgebaut: auf Plakaten in Kampagnen. Nicht die SPD war das Ziel, weil sie in Ungarn schlicht keine Rolle spielt. Die CSU war das Ziel dieser Kampagne.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Die SPD zeichnet hier bewusst ein falsches Bild von unserem Umgang mit Ungarn; denn die Beziehungen – und auch das muss man heute sagen – zwischen Bayern und Ungarn sind historisch gewachsen. Sie sind wirtschaftlich ganz entscheidend und für uns politisch auch notwendig. Darum war es auch mit Blick auf Migration selbstverständlich richtig, dass wir immer versucht haben, einen Draht zu Ungarn zu halten.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Realpolitik, und es war richtig, dass die CSU in der EVP gehandelt hat. Diesen moralischen Zeigefinger

(Zurufe der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und Tanja Schorer-Dremel (CSU))

würde ich einer Partei, die einen Bundespräsidenten stellt, der der Architekt einer gescheiterten Russlandpolitik war, nicht raten.

(Beifall bei der CSU)

Belehrungen brauchen wir nicht. Wir arbeiten jetzt schon an den künftigen Beziehungen zwischen Bayern und Ungarn. Die Regierungskommission wird wieder eingesetzt, die Beziehungen werden wieder aufgebaut. Auch unsere Fraktion steht im Kontakt mit Ungarn. Wir arbeiten, wir kommentieren nicht von der Seitenlinie,

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut! So ist es!)

sondern wir nehmen die Verantwortung wahr, dass Europa zusammenhält. Das ist der Punkt: nicht kommentieren, nicht lamentieren, nicht belehren und nicht bewerten, sondern arbeiten für Geschlossenheit – das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich zum Schluss: Wir haben jetzt zum Glück eine positive Zeitenwende in Europa: nicht mit Bewertung, sondern für Europa, gegen Russland, gegen Einflussnahme von außen und für Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit, und das ist doch eine gute Nachricht, über die wir auch positiv sprechen sollten, statt Geschichtsarbeit und Bewertung zu betreiben. Stattdessen sollten wir für Europa arbeiten. Das tun wir als CSU-Fraktion, und deswegen lehnen wir den Antrag selbstverständlich ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist der Kollege Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Geehrtes Präsidium, Hohes Haus, sehr verehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident! Welche Lachnummer der SPD: der Machtwechsel in Ungarn als Anlass für ein "Mea culpa" der Staatsregierung. Für gutnachbarliche und pragmatische Beziehungen zur Regierung Orbán soll die nun zu Kreuze kriechen. Wie skurril ist so etwas!

Sie wissen, dass wir uns mit Kritik an der CSU gewöhnlich nicht zurückhalten. Dieser Fall hier liegt anders. 16 Jahre lang hat die Staatsregierung nichts anderes getan, als Respekt vor der souveränen und demokratischen Wahlentscheidung eines Nachbarvolkes zu zeigen. Im Gegensatz zur SPD: Sie sind den Motiven der Ungarn immer mit Unverständnis begegnet. Sie konnten nie begreifen, warum es den Ungarn nicht erstrebenswert war, ihr Land mit kulturfremden Einwanderern zu teilen. Sie konnten nie etwas mit Ungarns demokratischem Verständnis von Souveränität anfangen, Souveränität im Sinne von: Herr im eigenen Haus bleiben und sich nicht von einer demokratisch nicht legitimierten EU-Nomenklatur fremdbestimmen lassen. Dieses Selbstverständnis der Mehrheit seines Volkes hat Viktor Orbán über eine lange Zeit verkörpert.

Am Sonntag musste er sich seinem Gegenspieler geschlagen geben. Dieser hatte es besser verstanden, die Bedürfnisse und Wünsche seiner Landsleute einzufangen. Allen Unkenrufen zum Trotz hat Viktor Orbán dieses Wahlergebnis als Votum seines Volkes sofort anerkannt – so funktioniert Demokratie. Ganz anders verhält es sich übrigens in der EU. Dort muss sich von der Leyen der Basis nicht stellen. Ihr Amt ist davon abhängig, ob Hinterzimmermehrheiten dauerhaft tragfähig sind.

(Beifall bei der AfD)

Die bayerische SPD beschwört jetzt den Wendepunkt und fordert im Floskelsalat ihrer Äußerungen, die bayerisch-ungarischen Beziehungen aktiv neu auszurichten. Nein, Bayern knüpft an die gute Partnerschaft mit Ungarn an und führt sie fort, und das klappt ganz ohne Ratschläge einer Splitterpartei im Bayerischen Landtag. Die Freude der Sozialisten fußt auf der Hoffnung auf Linientreue auf oberster EU-Ebene. Natürlich wird Magyar den 90-Milliarden-Euro-Kredit an die Ukraine durchwinken. Das ist kein Kredit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein Kniefall vor Selenskyj.

(Beifall bei der AfD)

Egal, wie der Konflikt dort ausgehen wird, schon jetzt ist klar:

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Der fließt in die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa! Ist ja unglaublich!)

Die Ukraine wird nicht einen einzigen Cent dieses Kredits zurückzahlen können. Der Regierung Magyar wird diese EU über die Runden helfen, indem die blockierten Milliarden Zug um Zug ausbezahlt werden; aber, liebe Genossen, wenn Sie glauben, dass Ungarn nun der Okkupation die Tore öffnet, und hoffen, künftig in der Puszta mit denen gemeinsam den Christopher Street Day feiern zu können, dann werden Sie sich noch umschauen. Magyar wird in Ungarn wertkonservative Politik betreiben – so wie wir in Bayern wertkonservative Politik betreiben.

(Beifall bei der AfD – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie sind ein Vasall von Putin! Nichts anderes! Das ist unglaublich!)

Gewiss ohne manche Nuancierung Orbáns, aber immer unter der Prämisse: Ungarn zuerst!

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie hofieren einen Diktator, einen Kriegsverbrecher und Diktator! Verrat an der Freiheit von Europa, Herr Kollege!)

– Altkluge Ratschläge von Kollegen wie Ihnen oder von den roten Verbotshantasten sind das Allerletzte, was unsere Nachbarn zu dem glücklichen Neustart brauchen, den wir Ihnen von ganzem Herzen wünschen. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Abwahl von Viktor Orbán markiert in Ungarn ohne Zweifel einen tiefen politischen Einschnitt. Nach 16 Jahren endet eine Ära. Mit dem klaren Wahlsieg von

Péter Magyar und seiner Tisza-Partei eröffnet sich die Chance auf einen politischen Neuanfang und auf eine engere Anbindung Ungarns an die Europäische Union.

Für uns ist klar: Das ist eine gute Nachricht für Europa; denn Europa lebt von Demokratie, von Rechtsstaatlichkeit, von Meinungsfreiheit und unabhängigen Institutionen. Wenn ein Mitgliedstaat entschlossen den Weg zurück zu diesen gemeinsamen Grundlagen gehen will, dann sollten wir als Bayern das nicht mit Distanz, sondern mit Offenheit, mit Respekt und mit Bereitschaft zur Zusammenarbeit begleiten.

Auch die Aussicht, bei glaubwürdigen Reformen eingefrorene EU-Mittel wieder freizusetzen, zeigt, wie eng hier demokratische Standards und europäische Handlungsfähigkeit zusammenhängen. Es geht um 17 Milliarden Euro.

Und ja: Auch die bayerisch-ungarischen Beziehungen können auf dieser neuen Grundlage weiterentwickelt werden. Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, kommunale Partnerschaften sind die tragende Säule dieser Verbindung. Daran anzuknüpfen, ist richtig.

Meine Damen und Herren, aber gerade weil der Moment so bedeutend ist, sollte man ihn nicht für parteipolitische Abrechnungen nutzen. Der SPD-Antrag enthält wichtige Punkte wie das Bekenntnis zu europäischen Werten, den Wunsch nach einem Neuanfang, die Ausbildung von Austausch und Kooperation. Das ist alles zustimmungsfähig.

Problematisch ist aber die Stoßrichtung des Antrags, insofern er die aktuelle Lage in Ungarn vor allem als Vorlage für innenpolitische Schuldzuweisungen in Bayern benutzt. Wer jetzt ausschließlich Vergangenheitsbewältigung betreibt, statt den Blick nach vorne zu richten, verengt eine europapolitische Chance auf parteitaktische Auseinandersetzungen.

Ja, ich war im Europäischen Parlament dabei. Ich habe damals auch mit Verwundung zur Kenntnis genommen, dass Herr Orbán so intensiv eingeladen wurde.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD): Oje!)

Ich war aber auch dabei, als wir am 12. September 2018 gegen Ungarn den Artikel 7 des EU-Vertrages aktiviert und beschlossen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

– Lieber Kollege, ich weiß aber auch, dass innerhalb der EVP-Fraktion intensiv um diese Mitgliedschaft von Fidesz gerungen wurde. Mein Vorredner Gerhard Hopp hat es gesagt: Im März 2021 ist dann letztendlich der Ausschluss der Partei beschlossen worden.

Genau deswegen sollten wir diesen Moment nicht dazu nutzen, politische Etiketten zu verurteilen, sondern wir wollen Verantwortung übernehmen. Bayern muss Brücken bauen und unterstützen, muss helfen und nicht belehren. Bayern sollte nicht moralisieren, sondern die richtigen Konsequenzen ziehen.

Das heißt für uns: Wir wollen den politischen Dialog mit der neuen ungarischen Führung intensivieren. Wir wollen den Austausch von Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft ausbauen, und wir wollen wirtschaftliche Kooperation fortsetzen und dort, wo es möglich ist, vertiefen. Gerade darin zeigt sich eine glaubwürdige Europapolitik – offen im Dialog, klar in den Prinzipien und pragmatisch im Umgang.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Europa braucht beides: Wertefestigkeit und politische Klugheit. Die Entwicklung in Ungarn ist eine Chance für das Land selbst, aber auch für Europa insgesamt. Der Wahlsieg der Tisza-Partei dürfte die Beziehungen zur EU entspannen, Veto-Politik erschweren und neue Spielräume – etwa bei blockierten EU-Entscheidungen – eröffnen.

Gerade für unsere Freundinnen und Freunde in der Ukraine ergeben sich tatsächlich wichtige neue Perspektiven. Wenn es nun gelingt, innerhalb der Europäischen Union wieder geschlossener und entschlossener zu handeln, dann stärkt das auch die Unterstützung für die Ukraine und sendet ein klares Signal der europäischen Solidarität.

Deshalb sollten wir diesen Neuanfang begrüßen. Wir sollten ihn aber so gestalten, dass daraus echte Partnerschaft erwächst. Europa wird stärker, wenn es verbindet. Bayern handelt richtig, wenn es diesen Weg konstruktiv und inhaltlich mitgeht.

Wir lehnen diesen Antrag ab. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kollege Benjamin Adjei.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Blick nach Ungarn zeigt uns gerade ganz deutlich, worum es in Europa geht – um die Frage, wie belastbar unsere Demokratie ist und wie konsequent wir unsere Werte verteidigen.

Der Wahlausgang in Ungarn ist ein ganz großer Moment für die europäische Demokratie. Er zeigt: Demokratische Rückschritte sind nicht unumkehrbar, Veränderung ist möglich.

Aber, und das ist entscheidend: Dieser Wahlausgang ist keine Garantie für einen Neuanfang. Er ist eine Chance. Diese Chance muss jetzt auch genutzt werden; denn Demokratie endet nicht am Wahltag. Sie zeigt sich in unabhängigen Gerichten, in freien Medien und in einer starken Zivilgesellschaft.

Genau hier müssen wir natürlich auch auf uns selbst blicken. Die Staatsregierung, insbesondere die CSU, hat mit Viktor Orbán über Jahre einen politischen Kuschelkurs gepflegt. Während demokratische Standards abgebaut wurden, gab es zu oft Schweigen, zu oft Relativierung. Zu oft galt: Nähe vor Haltung.

Dieses Muster setzt sich auch jetzt fort. Heute wird die nächste enge politische Freundschaft zur italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni aufgebaut. Auch hier sehen wir: Nähe wird gesucht, während rechtsstaatliche und gesellschaftspolitische

Fragen in den Hintergrund treten. Das ist keine wertegeleitete Außenpolitik, das ist politischer Opportunismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig erleben wir, wie auf Bundesebene Programme wie "Demokratie leben!" in Frage gestellt oder zurückgefahren werden. Es sind genau solche Programme, die die Zivilgesellschaft stärken, Extremismus vorbeugen und die demokratischen Strukturen vor Ort sichern. Wer Demokratie ernst meint, darf sie nicht nur beschwören, er muss sie auch finanzieren.

Auch auf europäischer Ebene sehen wir problematische Entwicklungen. Wenn konservative Kräfte im Europäischen Parlament jetzt immer wieder auch die Zusammenarbeit mit Rechtsaußen suchen, dann werden Grenzen verschoben, die nicht verschoben werden dürfen. Wer so handelt, der schwächt am Ende unsere demokratische Mitte in Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb geht es hier heute nicht nur um Ungarn. Nein, es geht um unsere europäische Glaubwürdigkeit.

Was heißt das denn jetzt konkret für uns? – Da geht mir der Antrag der SPD leider nicht weit genug. Wir müssen diesen Neuanfang jetzt auch konkret gestalten.

Erstens. Wir müssen Ungarn aktiv dabei unterstützen, Rechtsstaatlichkeit durch Zusammenarbeit bei Justizreformen, bei Verwaltungsstrukturen und bei demokratischen Institutionen weiter oder wieder zu stärken.

Zweitens. Wir brauchen eine offensive Stärkung der Zivilgesellschaft und der unabhängigen Medien nicht nur in Ungarn, sondern in der gesamten Europäischen Union. Demokratie braucht Räume, in denen sie auch gelebt wird.

Drittens. Wir müssen die Europäische Union weiterentwickeln. Rechtsstaatlichkeitsmechanismen müssen verbindlicher, schneller und wirksamer greifen, damit Verstöße nicht erst Jahre später Konsequenzen haben.

Viertens. Wir müssen wirtschaftliche Kooperation in Europa und auch darüber hinaus endlich konsequent mit sozialen und rechtsstaatlichen Standards verknüpfen. Wir brauchen eine Außen- und Europapolitik, die nicht nur opportunistisch ist, sondern, unabhängig davon, wer politisch an der Macht ist, ganz klar an Werten orientiert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn eines ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Europa ist mehr als ein Binnenmarkt. Europa ist eine Wertegemeinschaft. Diese Werte gelten immer, nicht nur dann, wenn es politisch passt. Der Wahlausgang in Ungarn ist eine Chance. Ob daraus jetzt ein Neuanfang wird – das hängt auch von uns ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat sich Herr Staatsminister Eric Beißwenger zu Wort gemeldet. Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Eric Beißwenger (Europaangelegenheiten und Internationales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Rinderspacher, lieber Markus, der Antrag ist schlicht und ergreifend überflüssig. Zu sagen, was Common Sense ist, nur damit es auch noch einmal von der SPD gesagt wurde, ist meines Erachtens schlicht und ergreifend durchsichtig. Dass die Abwahl von Viktor Orbán einen politischen Wendepunkt in Ungarn markiert und auch neue Chancen für die Vertiefung der bayerisch-ungarischen Beziehung eröffnet, hat unser Bayerischer Ministerpräsident Dr. Markus Söder gestern bereits betont.

Der Antrag ist auch nicht auf dem aktuellen Stand. Seit dem Amtsantritt von Dr. Markus Söder im Jahr 2018 gab es eine schrittweise, aber kontinuierliche Distanzierung. Zu den übrigen Punkten kann ich nur sagen: Was soll ein Antrag, der nichts Neues

sagt? – Die Staatsregierung erfüllt die Forderungen des Antrags bereits seit vielen Jahren. Die Staatsregierung arbeitet seit jeher für die Rechtsstaatlichkeit. Die Staatsregierung setzt bei allen politischen Beziehungen auf Dialog auf Augenhöhe und spricht auch Meinungsverschiedenheiten offen an.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Dies geschieht allerdings hinter verschlossenen Türen und so, dass alle Partner das Gesicht wahren können. Das nennt man Diplomatie.

Mit Belehrungen kommen wir im Übrigen nicht weiter. Wir sind an einem Punkt angekommen, wo man in gewisser Weise – vielleicht auch Sie – zur Realpolitik zurückkehren sollte. Unser Ministerpräsident hat mit dem ungarischen Wahlsieger Péter Magyar telefoniert und wird ihn schon bald treffen. Bayern wird die Chancen nutzen und die bayerisch-ungarischen Beziehungen wieder stärken. Die gemeinsame Regierungskommission, die übrigens seit 1991 besteht, soll ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die nächste Sitzung soll im Herbst hier bei uns in München stattfinden.

Bayern und Ungarn sind durch vielfältige wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Beziehungen seit jeher eng miteinander verbunden. Bayern und Ungarn sind durch mehr als 1.000 Jahre Geschichte verbunden. 1989 hatte Ungarn zudem einen maßgeblichen Anteil am Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs. Ungarn ist ein wichtiger internationaler Partner für Bayern. Ungarn belegt Rang 10 unter den Handelspartnern Bayerns. Mehr als 30 % der deutschen Investitionen in Ungarn stammen aus Bayern. Übrigens sind mehr als 2.330 bayerische Firmen in Ungarn tätig. Umgekehrt ist Bayern für Ungarn wichtigster Handelspartner unter den deutschen Ländern. Seit 25 Jahren fungiert die Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer als bayerische Wirtschaftsrepräsentanz in Ungarn. Es gibt 78 kommunale Partnerschaften. Besonders stolz sind wir auf 96 Hochschulpartnerschaften. Dabei spielt übrigens die Andrassy Universität in Budapest eine besondere Rolle, die der Freistaat – vorhin hieß es, wir müssten auch finanzielle Unterstützung leisten – mit 500.000 Euro jährlich

fördert. Das ist ein Leuchtturmprojekt der Wissenschaft und übrigens die einzige Uni, die von restriktiven Maßnahmen ausgenommen wurde.

Der Antrag ist schlicht und ergreifend abzulehnen. Er enthält gar nichts Neues. Er ist ein absolut fadenscheiniger Versuch, die erfolgreiche Politik der Staatsregierung für eine andere Partei zu verbuchen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Staatsminister, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Benjamin Adjei vor. Bitte.

Benjamin Adjei (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Minister, erst einmal freut es mich zu hören, dass der Ministerpräsident direkt versucht, die Beziehungen zu Ungarn zu stärken und auch den rechtsstaatlichen Umbau Ungarns zu unterstützen und diesbezüglich mit Ungarn zusammenzuarbeiten. Das habe ich auch aus den Medien entnommen.

Meine Frage lautet: Ist geplant, dass der Ministerpräsident in Zukunft auch Abgeordnetendelegationen bei seinen Fahrten nach Ungarn mitnimmt, damit möglicherweise auch der Bayerische Landtag mit dem ungarischen Parlament wieder besser zusammenarbeiten kann? Denn die Partnerschaft der Parlamente ist auch sehr wichtig.

Die zweite Frage lautet: Was ziehen Sie an Erkenntnissen aus der Causa Orbán, und inwieweit möchten Sie möglicherweise auch bezüglich der Partnerschaft mit Giorgia Meloni Ihre Strategie anpassen und vielleicht etwas ändern?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist überhaupt nicht vergleichbar! Das ist ja Wahnsinn!)

Staatsminister Eric Beißwenger (Europaangelegenheiten und Internationales): Zur ersten Frage: Die Reisebegleitung des Ministerpräsidenten lege nicht ich fest.

(Heiterkeit der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Zur zweiten Frage: Die Partnerschaften mit EU-Ländern stellen nur Sie infrage. Diese stelle ich in keiner Weise infrage. Sie sagen, die Rechtsstaatlichkeit wird infrage gestellt. Ihrer Meinung nach ist Demokratie, dass man wählen darf. Meiner Meinung nach ist Demokratie vor allem, dass man jemanden auch abwählen kann. Das haben die Ungarn sehr erfolgreich bewiesen.

(Beifall bei der CSU – Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist doch keine Antwort! –
Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11443 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.